

## Kurzprotokoll der Oktobersession 1999

- [Übersicht](#)
- [Finanzvorlagen](#)
- [Rechtsetzung](#)
- [Planungsvorlagen](#)
- [Wahlen](#)
- [Eintritt](#)
- [Rücktritte](#)
- [Motionen](#)
- [Postulate](#)
- [Interpellationen](#)

### Übersicht

Am Montag und am Dienstag, dem 25. und 26. Oktober 1999, fand unter dem Vorsitz von Ruedi Lustenberger, Romoos, eine Session des Grossen Rates statt.

Hauptgeschäfte der Session waren die Verabschiedung des Staatsvoranschlags für das Jahr 2000 und die eines neuen Steuergesetzes sowie die Zustimmung zur Fusion der Kantonalen Pensionskasse Luzern mit der Lehrerpensionskasse des Kantons Luzern. In 1. Beratung sprach sich der Rat sodann für eine Änderung des Gewerbepolizeigesetzes sowie für ein Gesetz über die Fachhochschulen aus. Mit Grossratsbeschluss genehmigte er ferner die neue Gemeindeordnung von Luzern. Weiter nahm er zustimmend Kenntnis vom Planungsbericht über eine Erhöhung des Personalbestands bei der Kantonspolizei. Sechs vom Regierungsrat vorgelegte Geschäfte schliesslich wies der Grosse Rat den ständigen Kommissionen zur Vorberatung zu.

Der Rat vereidigte im Weiteren ein neues Ratsmitglied, wählte drei neue Mitglieder in ständige Kommissionen, behandelte vier Begnadigungsgesuche und 17 parlamentarische Vorstösse. Eröffnet wurde der Eingang von 20 parlamentarischen Vorstössen und der Rückzug eines Postulats. Die für eine Interpellation beantragte dringliche Behandlung lehnte der Rat ab.

Von den 37 traktandierten Geschäften konnten drei parlamentarische Vorstösse nicht behandelt werden. Der Rat beschloss ferner, den Finanzplan 2000–2004 nicht in dieser Session, sondern später zusammen mit dem Regierungsprogramm zu behandeln.

### Finanzvorlagen

**Staatsvoranschlag 2000.** Die Entwürfe des Voranschlags 2000 und des Grossratsbeschlusses über den Bezug der Staatssteuern im Jahr 2000 gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 17. August 1999 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 37 vom 18. September 1999, S. 2306) wurden behandelt (Finanzkommission unter dem Vorsitz von Rätö Camenisch, Kriens) und sowohl der Voranschlag genehmigt als auch der Grossratsbeschluss gutgeheissen. Der genehmigte Voranschlag weist in der Laufenden Rechnung einen Fehlbetrag von 2,1 Millionen Franken auf, während sich in der Investitionsrechnung Nettoinvestitionen von rund 176,2 Millionen Franken ergeben (ohne Darlehen und Beteiligungen). Der Finanzierungsfehlbetrag in der Gesamtrechnung beläuft sich auf rund 19,25 Millionen Franken (ohne Darlehensgeschäfte), der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 87,9 Prozent. Der Steuerfuss von 1,90 Einheiten bleibt im Jahr 2000

unverändert.

**Finanzplan 2000–2004.** Die Behandlung des Finanzplan des Kantons Luzern 2000–2004 gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 17. August 1999 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 37 vom 18. September 1999, S. 2307) wurde auf einen späteren Zeitpunkt verschoben (Finanzkommission unter dem Vorsitz von Räto Camenisch, Kriens).

## Rechtsetzung

**Luzerner Pensionskasse.** Die Erlassentwürfe betreffend die Fusion der Kantonalen Pensionskasse Luzern und der Lehrpensionskasse des Kantons Luzern gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 11. Mai 1999 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 22 vom 5. Juni 1999, S. 1422) wurden in 2. Beratung behandelt (Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit unter dem Vorsitz von Ursula Stämmer, Luzern) und mit 77 gegen 2 Stimmen gutgeheissen. Danach werden die Kantonale Pensionskasse Luzern und die Lehrpensionskasse des Kantons Luzern zur Luzerner Pensionskasse fusioniert, bei welcher auch die Gemeinden und andere Arbeitgeber mit öffentlichen Aufgaben ihr Personal vorsorgerechtlich versichern können. Gleichzeitig wird bei der Finanzierung vom Rentenwertumlageverfahren und vom reinen Umlageverfahren zum vollen Kapitaldeckungsverfahren gewechselt. Die für die Fusion notwendige Änderung des Personalgesetzes (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 43 vom 30. Oktober 1999, S. 2674) unterliegt dem fakultativen Referendum; Ablauf der Referendumsfrist: 29. Dezember 1999. Die vom Grossen Rat gleichzeitig genehmigte neue Verordnung über die Luzerner Pensionskasse vom 11. Mai 1999 tritt, sofern das Referendum gegen die Gesetzesänderung nicht ergriffen wird, zusammen mit dieser am 1. Januar 2000 in Kraft.

**Neues Steuergesetz.** Zum Entwurf einer Totalrevision des Luzerner Steuergesetzes gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 5. Februar 1999 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 10 vom 13. März 1999, S. 620) wurde die 2. Beratung durchgeführt (Kommission Wirtschaft und Abgaben unter dem Vorsitz von Hansruedi Bucheli, Emmen) und abgeschlossen. Mit dem total revidierten Steuergesetz wird das kantonale Recht an die Vorgaben des eidgenössischen Steuerharmonisierungsgesetzes angepasst. Im Mittelpunkt stehen ferner Entlastungen für Steuerpflichtige in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen und für Familien mit Kindern sowie der Wechsel des Bemessungssystems von der Vergangenheits- zur Gegenwartsbesteuerung. Die Schlussabstimmung wird nach Bereinigung des Gesetzestextes durch die Redaktionskommission in der Novembersession durchgeführt.

**Spielbankenabgabe auf Kursälen.** Der Entwurf einer Änderung des Gewerbepolizeigesetzes gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 24. August 1999 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 36 vom 11. September 1999, S. 2236) wurde in 1. Beratung behandelt (Kommission Wirtschaft und Abgaben unter dem Vorsitz von Hansruedi Bucheli, Emmen) und gutgeheissen. Der Rat will damit die rechtliche Grundlage dafür schaffen, dass der Staatskasse des Kantons Luzern die den Kantonen vorbehaltenen 40 Prozent der Spielbankenabgabe auf Kursälen zugeführt werden können, welche der Bund gemäss dem neuen Bundesgesetz über Glücksspiele und Spielbanken erheben wird. Mit dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes am 1. April 2000 wird die Regelungsbefugnis des Kantons im Bereich der Kursäle entfallen. Das Beratungsergebnis wurde zur redaktionellen und gesetzestechnischen Überprüfung an die Redaktionskommission (Vorsitz: Albert Mattmann, Ebikon) und zur Vorbereitung der 2. Beratung an die vorberatende Kommission gewiesen.

**Zentralschweizer Fachhochschul-Konkordat.** Die Entwürfe eines Dekrets über den Beitritt des Kantons Luzern zum Zentralschweizer Fachhochschul-Konkordat sowie eines Gesetzes über die Hochschulen des Kantons Luzern in der Fachhochschule Zentralschweiz gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 17. August 1999 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 36 vom 11. September 1999, S. 2233) wurden behandelt (Kommission Erziehung, Bildung und Kultur unter dem Vorsitz von Bruno Stalder, Schüpfheim) und in 1. Beratung gutgeheissen. Das Zentralschweizer Fachhochschul-Konkordat regelt die Organisation und die Finanzierung der Fachhochschule Zentralschweiz durch die Konkordatspartner sowie als Anschlussgesetz an das Bundesrecht Fragen wie die Zulassungsbeschränkung oder den Titelschutz. Der Kanton Luzern soll Träger der Hochschule für Technik + Architektur, der Hochschule für Wirtschaft sowie der Hochschule für Gestaltung und Kunst bleiben. Seine Aufgaben als Träger der kantonalen Hochschulen regelt das Gesetz über die Hochschulen des Kantons Luzern in der Fachhochschule Zentralschweiz. Das Beratungsergebnis wurde zur redaktionellen und gesetzestechnischen Überprüfung an die Redaktionskommission (Vorsitz: Albert Mattmann, Ebikon) und zur Vorbereitung der 2. Beratung an die vorberatende Kommission gewiesen.

**Volksinitiative zum Steuertermin.** Die Volksinitiative "Tragbarer Steuertermin für alle" und die Stellungnahme des Regierungsrates gemäss Vorlage vom 17. August 1999 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 36 vom 11. September 1999, S. 2235) wurden behandelt (Kommission Wirtschaft und Abgaben unter dem Vorsitz von Hansruedi Bucheli, Emmen) und die Initiative mit 64 gegen 28 Stimmen abgelehnt. Der Grosse Rat lehnte es damit ab, den allgemeinen Fälligkeitstermin für die Staats- und Gemeindesteuern vom 1. September zurück auf den 30. November (bei je 30-tägiger Zahlungsfrist) zu verschieben. Nach der Ablehnung der Volksinitiative durch den Grossen Rat (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 43 vom 30. Oktober 1999, S. 2673) unterliegt diese der Volksabstimmung.

**Gemeindeordnung von Luzern.** Der Entwurf eines Grossratsbeschlusses über die Genehmigung der Gemeindeordnung von Luzern gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 29. Juni 1999 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 34 vom 28. August 1999, S. 2111) wurde behandelt (Staatspolitische Kommission unter dem Vorsitz von Ruedi Amrein, Malters) und gutgeheissen (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 43 vom 30. Oktober 1999, S. 2679).

**Konkordatsänderung Technikum Wädenswil.** Der Entwurf eines Dekrets über den Beitritt zum geänderten Konkordat betreffend Technikum für Obst-, Wein- und Gartenbau in Wädenswil gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 21. September 1999 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 42 vom 23. Oktober 1999, S. 2611) wurde zur Vorberatung der Kommission Erziehung, Bildung und Kultur unter dem Vorsitz von Bruno Stalder, Schüpfheim, zugewiesen.

**Beitritt zur IVTH.** Der Entwurf eines Dekrets über den Beitritt des Kantons Luzern zur Interkantonalen Vereinbarung zum Abbau technischer Handelshemmnisse (IVTH) vom 23. Oktober 1998 gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 28. September 1999 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 42 vom 23. Oktober 1999, S. 2612) wurde zur Vorberatung der Kommission Wirtschaft und Abgaben unter dem Vorsitz von Hansruedi Bucheli, Emmen, zugewiesen.

**Universitätsgesetz.** Der Entwurf eines Gesetzes über die universitäre Hochschulbildung (Universitätsgesetz) gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 28. September 1999 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 42 vom 23. Oktober 1999, S. 2613) wurde zur Vorberatung der Kommission Erziehung, Bildung und Kultur unter dem Vorsitz von Bruno Stalder, Schüpfheim, zugewiesen.

**Neues Arbeitslosenversicherungsgesetz.** Der Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung und den Arbeitslosenhilfsfonds gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 28. September 1999 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 42 vom 23. Oktober 1999, S. 2614) wurde zur Vorberatung der Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit unter dem Vorsitz von Ursula Stämmer, Luzern, zugewiesen.

**Zahl der Amtsgerichts-Ersatzmitglieder.** Die Entwürfe von Grossratsbeschlüssen über die Organisation der Amtsgerichte Luzern-Stadt, Luzern-Land, Hochdorf, Sursee, Willisau und Entlebuch gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 28. September 1999 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 42 vom 23. September 1999, S. 2614) wurden zur Vorberatung der Kommission Justiz und Sicherheit unter dem Vorsitz von Martin Müller, Meggen, zugewiesen.

**Friedensrichterkreis Escholzmatt-Marbach.** Der Entwurf eines Grossratsbeschlusses über die Vereinigung der Friedensrichterkreise Escholzmatt und Marbach zu einem Friedensrichterkreis gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 28. September 1999 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 42 vom 23. Oktober 1999, S. 2615) wurde zur Vorberatung der Kommission Justiz und Sicherheit unter dem Vorsitz von Martin Müller, Meggen, zugewiesen.

## Planungsvorlage

**Personalaufstockung Kantonspolizei.** Der Planungsbericht über eine Erhöhung des Personalbestands bei der Kantonspolizei gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 29. Juni 1999 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 34 vom 28. August 1999, S. 2110) wurde behandelt (Kommission Justiz und Sicherheit unter dem Vorsitz von Martin Müller, Meggen) und in zustimmendem Sinn zur Kenntnis genommen. Der Grosse Rat überwies dazu eine Bemerkung. Der Regierungsrat schlägt in dem Planungsbericht vor, in einer ersten Phase 21 zusätzliche Planstellen zu schaffen und die entsprechenden Kosten für zusätzliche Beamtinnen und Beamte bei der Kantonspolizei in den Voranschlägen der Jahre 2001 bis 2003 einzustellen.

## Wahlen

**Kommission Wirtschaft und Abgaben.** An die Stelle des aus dem Rat zurückgetretenen Emil Galliker, Emmen, wählte der Rat Christoph Lengwiler, Kriens, als neues Mitglied der Kommission Wirtschaft und Abgaben.

**Kommission Raumplanung, Umwelt und Energie.** An die Stelle des als Kommissionsmitglied zurückgetretenen Christoph Lengwiler, Kriens, wählte der Rat Hansruedi Kurmann, Emmen, als neues Mitglied der Kommission Raumplanung, Umwelt und Energie.

**Staatspolitische Kommission.** An die Stelle der als Kommissionsmitglied zurückgetretenen Regula Roth Koch, Luzern, wählte der Rat Peter Beutler, Meggen, als neues Mitglied der Staatspolitischen Kommission.

## Eintritt

**Grosser Rat.** An die Stelle des aus dem Rat zurückgetretenen Mitglieds Emil Galliker, Emmen, trat Hansruedi Kurmann, Emmen, als neues Mitglied in den Rat ein.

## Rücktritte

**Grosser Rat.** Bekannt gegeben wurde der Rücktritt aus dem Rat von Otto Laubacher, Kriens, auf Ende Session.

**Obergericht.** Bekannt gegeben wurde der Rücktritt aus dem Obergericht von

- Rolf Ineichen, Emmen, auf Ende März 2000,
- Anton Merz, Luzern, auf Ende März 2000,
- Jost Fischer, Meggen, auf Ende Juni 2000

## Motionen

**Abgelehnt** wurden die Motionen

- M 669 von Adrian Borgula, Luzern, über die Begrenzung übermässiger Lichtemissionen,
- M 663 von Peter Schnellmann, Emmen, über die Änderung von § 18 des Bürgerrechtsgesetzes

## Postulate

**Erheblich erklärt** wurden die Postulate

- von Gerhard Klein, Wauwil, über das Führen von rein deutschsprachigen Klassen an den Volksschulen (als Motion M 11 eingereicht),
- von Albert Vitali, Oberkirch, über eine Strukturanalyse über die Aufgaben und Kostenaufteilung im Sozialbereich (als Motion M 540 eingereicht),
- von Vreni Moser, Luzern, über die Festschreibung eines Familienartikels in der neuen Verfassung des Kantons Luzern (als Motion M 15 eingereicht),
- von Rosie Bitterli Mucha, Luzern, über umfassende Information der Bürgerinnen und Bürger des Kantons Luzern (als Motion M 143 eingereicht),
- von Rosie Bitterli Mucha, Luzern, über eine Konkretisierung von § 96 der Staatsverfassung bei deren Totalrevision (als Motion M 144 eingereicht),
- von Rosie Bitterli Mucha, Luzern, über die Schaffung eines konstruktiven Referendums (als Motion M 145 eingereicht),
- von Marianne Kneubühler, Richenthal, über eine Verlängerung der Amtsdauer der Behörden im Kanton Luzern (als Motion M 635 eingereicht),
- von Hans Frank, Rickenbach, über die Bildung einer interparlamentarischen Kommission der Kantone der Zentralschweiz (als Motion M 636 eingereicht),
- P 670 von Hans Frank, Rickenbach, über eine Neueinteilung der Wahlkreise,
- Hans Peter Pfister, Eich, über die Reorganisation der Departemente gemäss Planung "Luzern '99" (als Motion M 570 eingereicht),
- P 571 von Piero Nosetti, Emmen, über eine verstärkte Führungskomponente in der Regierungsstruktur

**Zurückgezogen** wurde das Postulat

- P 769/94 von Elsy Bornhauser, Emmen, über die erleichterte Einbürgerung für junge Ausländer und Ausländerinnen der zweiten und dritten Generation.

**Interpellationen**

**Schriftlich beantwortet** wurden die Interpellationen

- I 23 von Klaus Wermelinger, Egolzwil, über die stark zunehmenden Einbrüche in der Region Luzerner Hinterland,
- I 30 von Heidy Lang, Ermensee, über die Luzerner Beteiligung an der Expo.01 im Zeitplan,
- I 654 von Eva Zihlmann, Luzern, über einen Systemwechsel bei der künftigen Abgeltung der Ärztinnen und Ärzte der kantonalen Spitäler (Aufhebung des gespaltenen Rechtsverhältnisses),
- I 609 von Eva Zihlmann, Luzern, über die Überlastung der Spitalärztinnen und -ärzte.